

Schulsozialarbeit in den Fachausschüssen

Kreistag diskutierte und vertagte Antrag der Bündnisgrünen

Havelland. (siw) Zur letzten Kreistagssitzung waren 24 der insgesamt 31 Tagesordnungspunkte innerhalb von 45 Minuten abgehandelt. Es ging vor allem um Personalien, die nur abgestimmt wurden. „Das ist ja beängstigend“, sagte selbst Kreistagsvorsitzende Manuela Vollbrecht (SPD), weil alles ohne Diskussion so schnell abgearbeitet werden konnte. Eine kontroverse Diskussion kam dann doch noch auf, nachdem Wolfgang Seelbach folgenden Beschlussantrag der Fraktion von Bündnis 90/Grüne begründete: „Der Kreistag Havelland spricht sich für eine Verbesserung des Angebotes an Schulsozialarbeit

aus und hält eine finanzielle Beteiligung des Landes Brandenburg für notwendig. Der Landrat wird beauftragt, sich mit dem Land Brandenburg, den anderen Kreisen, kreisfreien Städten und Kommunen in Verbindung zu setzen, um durch eine Aufstockung des 510-Stellen-Programms oder anderer Finanzierungsmodelle schrittweise das Ziel zu erreichen, dass an jeder Schule mindestens eine Schulsozialarbeitsstelle vorhanden ist.“ „Schulbeirat auf Kreis- und Landesebene und Kreiselternrat sind sich darüber einig“, so Seelbach, der selbst Elternsprecher an einer Schule ist. „Alle Parteien unterstützen die Forde-

rung grundsätzlich, wenn auch mit unterschiedlicher Priorität.“ Die CDU-Abgeordneten hatten sich im Wahlkampf ausdrücklich für eine Unterstützung der Forderung ausgesprochen, „auch wenn das Thema Schulsozialarbeit auf der Liste der CDU recht weit unten steht“, kritisierte Seelbach. Bleibt also die Frage der Finanzierung. Das Land sieht die Landkreise im Rahmen der Jugendsozialarbeit in der Pflicht. „Wir unterstützen die Forderung nach flächendeckender Schulsozialarbeit, wenn sich das Land und die Kommunen an der Finanzierung beteiligen“, äußerte sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Michael Koch in der Dis-

kussion.

„Die Bildungsteilhabeförderung des Bundes ist jetzt ausgelaufen“, sagte Diana Golze (Linke), die den Bund in die Verantwortung einbeziehen möchte. Denn die genannte Förderung, durch die Schulsozialarbeit bisher finanziert wurde, ist abgelaufen. Sie stimmte mit der SPD-Fraktion darin überein, den Antrag der Grünen in die Fachausschüsse zu überweisen. Für diesen Beschluss fand sich eine breite Mehrheit.

Für den Landkreis wären rund 50 Schulsozialarbeitsstellen mit einem jährlichen Finanzierungsbedarf von zwei Millionen Euro nötig. Hier erwartet der havel-



Abgeordneter Wolfgang Seelbach, selbst ein Elternsprecher, stellte den Antrag der Grünen zur Schulsozialarbeit im Kreistag vor.

Foto: Weber

ländische Landrat Burkhard Schröder (SPD) von der neu gebildeten Landesregierung finanzielle Unterstützung.

Zu Ehren Fouqués